

Ausgabe 31

10. August 2023

steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Inhalt

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 10. August 2023

Erweiterte gewerbsteuerliche Kürzung bei Erhalt einer Schlusszahlung

Betriebsausgabenabzug und Begriff der "nur unwesentlichen" Besteuerung i.S.v. § 16 Abs. 1 Satz 1 AStG

Business Meldungen

Klimaschutzverträge: Katalysatoren für die Umstellung auf eine klimafreundliche Industrie

Krieg in der Ukraine: Lagebild zur aktuellen Situation in der Ukraine, 8. August 2023

Terminplaner

Transfer Pricing Roadshow 2023

Noch Fragen?

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 10. August 2023

Beschluss XI B 1/23: Besteuerung von Umsätzen in einem Biergarten

12. Juli 2023

Es ist nicht klärungsbedürftig, dass der Inhaber eines Grillstands in einem Biergarten vor Einführung des § 12 Abs. 2 Nr. 15 UStG dem Regelsteuersatz unterliegende sonstige Leistungen erbrachte, wenn er an Biergartenbesucher gegen Entgelt Speisen abgab und aufgrund des Pachtvertrags mit dem Betreiber des Biergartens berechtigt war, seinen Kunden die Infrastruktur des Biergartens zur Verfügung zu stellen. Schon die Bereitstellung und Rücknahme von Mehrweg-Geschirr und -Besteck sowie dessen Reinigung kann ausreichen, um den Regelsteuersatz zur Anwendung zu bringen.

[Zum Urteil](#)

Urteil IX R 12/22: Gewinnerzielungs- absicht bei den Einkünften aus § 17 EStG und Gestaltungs- missbrauch bei gezielter Herbei- führung von Ver- äußerungsverlusten

3. Mai 2023

Die auch bei den Einkünften aus § 17 EStG erforderliche Gewinnerzielungsabsicht muss sich auf die gesamte Beteiligung des Steuerpflichtigen an der Kapitalgesellschaft beziehen. Eine auf den einzelnen veräußerten Geschäftsanteil bezogene Betrachtung ist ausgeschlossen. Das für einen bestimmten Geschäftsanteil gezahlte Aufgeld (Agio) erhöht die Anschaffungskosten dieses Anteils, auch wenn die Summe aus dem Nennbetrag und dem Agio den Verkehrswert des Anteils übersteigt (sog. Überpari-Emission; Anschluss an BFH v. 27.05.2009, I R 53/08). Das gilt jedenfalls für Veräußerungen bis zum 31.07.2019. Die gezielte Herbeiführung eines Verlusts durch die Veräußerung eines GmbH-Geschäftsanteils, dessen Anschaffungskosten aufgrund eines Aufgelds seinen Verkehrswert übersteigen, ist nicht ohne Weiteres rechtsmissbräuchlich i.S. von § 42 der AO.

[Zum Urteil](#)

Beschluss VIII B 27/22: Zu den Anforderungen an die ordnungsgemäße Begründung einer Nichtzulassungs- beschwerde

25. Juli 2023

Der Vertretungszwang des § 62 Abs. 4 FGO verlangt, dass der Prozessbevollmächtigte die volle Verantwortung für die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde übernehmen muss; die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde muss daher von dem Prozessbevollmächtigten selbst stammen. Daran fehlt es, wenn der Prozessbevollmächtigte eine Begründung des Klägers unter seinem Briefkopf als "Wortlautzitat" wiedergibt und anführt, es handele sich ausschließlich um eine Begründung des Klägers oder wenn der Prozessbevollmächtigte auf die Zulassungsgründe im Katalog des § 115 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 FGO verweist und mitteilt, der Kläger sei der Auffassung, dass die Revision aus diesen Gründen zuzulassen sei.

[Zum Urteil](#)



Rechtsprechung im Blog

Erweiterte gewerbsteuerliche Kürzung bei Erhalt einer Schlusszahlung

Beseitigen die Mietvertragsparteien den fortbestehenden Streit über die Wirksamkeit des Mietvertrags vor Überlassung des Mietobjekts dadurch, dass sie das Mietverhältnis übereinstimmend für beendet erklären und der Mieter zur Abgeltung sämtlicher wechselseitiger Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit dem Mietvertrag eine Schlusszahlung an den Vermieter entrichtet, stellt diese Schlusszahlung eine Fruchtziehung aus zu erhaltender Substanz dar. Sie unterliegt der erweiterten Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.

Sachverhalt

Streitig war die Gewährung der erweiterten Kürzung für ein Grundstücksunternehmen nach § 9 Nr. 1 Satz 2 des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) im Erhebungszeitraum 2015 (Streitjahr) nach einvernehmlicher Beendigung eines Gewerberaummietvertrags.

Die Klägerin ist eine GmbH & Co. KG. Ihr Unternehmensgegenstand ist der Erwerb, die Entwicklung und die Verwaltung eigenen Grundbesitzes, insbesondere der denkmalgeschützten Immobilie ... (nachfolgend Areal A).

Am 03.11.2010 schloss die Klägerin als Vermieterin mit der D-GmbH (Mieterin) einen Gewerberaummietvertrag (MV) über Gebäude und Freiflächen auf dem Areal A ab. In diesem Mietvertrag verpflichtete sich die Klägerin, das Areal A für die Nutzung umzubauen und an die Mieterin zur Nutzung zu überlassen. Als Mietbeginn legten die Parteien des Mietvertrags den 01.08.2012 fest. Die Dauer des Mietvertrags sollte 15 Jahre betragen.

Nach mehreren Verschiebungen wurde Beginn des Mietverhältnisses einvernehmlich auf den 20.01.2015 und das späteste Übergabedatum auf den 21.01.2015 festgelegt. Hintergrund war u.a. ein nachträglich entstandener Mietersonderwunsch nach Umbaumaßnahmen. Schließlich einigten sich die Klägerin und die Mieterin nach wiederholtem Streit über die Wirksamkeit der Rücktrittserklärung in einer "Schlussvereinbarung zum Mietvertrag ..." vom 02.12./04.12.2015 (Schlussvereinbarung) darauf, das Mietverhältnis gegen Zahlung eines Geldbetrags durch die Mieterin in Höhe von 4.750.000 € (in der Schlussvereinbarung als „Schadenersatz“ bezeichnet) zu beenden.

In der Gewinn- und Verlustrechnung auf den 31.12.2015 erfasste die Klägerin die Zahlung des Schlussbetrags als sonstigen betrieblichen Ertrag. In der Gewerbesteuererklärung 2015 beantragte sie die erweiterte Kürzung für Grundstücksunternehmen und erklärte einen Kürzungsbetrag nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG.

Das Finanzamt versagte die erweiterte Kürzung und teilte der Klägerin mit, dass es sich bei der Zahlung des Schlussbetrags nicht um eine Zahlung im Zusammenhang mit der Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes gehandelt habe.

Die Klage vor dem Finanzgericht Berlin-Brandenburg hatte Erfolg.

Entscheidung des BFH

Der BFH hat sich der Entscheidung der Vorinstanz angeschlossen und die Revision als unbegründet zurückgewiesen.



Das Finanzgericht hat der Klägerin -entgegen der Ansicht des Finanzamts- zu Recht im Rahmen der Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags 2015 die erweiterte Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG im beantragten Umfang gewährt.

Eigener Grundbesitz im Sinne des § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG ist der zum Betriebsvermögen des Unternehmers gehörende Grundbesitz. Dieser wird verwaltet und genutzt, wenn er zum Zweck der Fruchtziehung aus zu erhaltender Substanz eingesetzt wird, etwa durch Vermietung und Verpachtung.

§ 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG knüpft allerdings nicht an die einkommensteuerrechtliche Qualifizierung der durch die Verwaltung und Nutzung des eigenen Grundbesitzes erzielten Einkünfte als Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung an. Daher schließen zum Beispiel Erträge aus der gelegentlichen Veräußerung von Grundbesitz (Einkünfte gemäß § 23 EStG) oder Erträge aus der Übernahme der dinglichen Haftung durch Belastung des eigenen Grundbesitzes (Einkünfte gemäß § 22 Nr. 3 EStG) die erweiterte Kürzung nicht aus (BFH-Urteil vom 13.08.1997, I R 61/96, unter II.3.b).

Nach dem mit dieser Vorschrift verfolgten Zweck ist die erweiterte Kürzung erst dann ausgeschlossen, wenn die Verwaltung oder Nutzung des eigenen Grundbesitzes die Grenzen zur Gewerblichkeit überschreitet (z.B. BFH-Urteil vom 17.01.2006, VIII R 60/02, unter II.1.c aa).

Die neben der Vermögensverwaltung des Grundbesitzes erlaubten (kürzungsunschädlichen), jedoch nicht begünstigten Tätigkeiten sind in § 9 Nr. 1 Satz 2 und 3 GewStG abschließend aufgezählt (z.B. BFH, Urteil vom 22.10.2020, IV R 4/19, Rz 19, m.w.N.). Darüber hinaus liegen nach ständiger Rechtsprechung des BFH Nebentätigkeiten dann noch innerhalb des von dem Ausschließlichkeitsgebot gezogenen Rahmens und sind ausnahmsweise kürzungsunschädlich, wenn sie der Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes im engeren Sinn dienen und als zwingend notwendiger Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten eigenen Grundstücksverwaltung und -nutzung angesehen werden können. Ist der Umfang einer derartigen Nebentätigkeit gering, kommt es nicht zur Versagung der erweiterten Kürzung wegen Verstoßes gegen das Ausschließlichkeitsgebot (z.B. BFH, Urteil vom 22.10.2020, IV R 4/19, Rz 23, m.w.N.).

Die im Streitjahr infolge der Beendigung des Mietvertrags vereinbarte -von der Mieterin an die Klägerin zu leistende- Zahlung in Höhe von 4.750.000 € stellt eine den eigenen Grundbesitz betreffende Fruchtziehung aus zu erhaltender Substanz dar.

Die Anwendung des § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG setzt nicht voraus, dass die Einnahmen nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt unmittelbare Gegenleistung für die Überlassung der Nutzung des Mietobjekts sind. Anderenfalls wäre es nicht möglich, auch Einnahmen aus der gelegentlichen Veräußerung von Grundbesitz oder Einnahmen aus der Übernahme der dinglichen Haftung durch Belastung des eigenen Grundbesitzes der erweiterten Kürzung zu unterwerfen. Denn auch derartige Einnahmen sind keine Gegenleistung für die Überlassung des Gebrauchs oder der Nutzung des Mietobjekts (im engeren Sinne).

Maßgeblich bleibt, dass die Einnahmen aus Tätigkeiten stammen, die der Nutzung und Verwaltung des eigenen Grundbesitzes zuzuordnen sind.

Ebenso bewegt sich die Geltendmachung möglicher Schadensersatzansprüche des Vermieters gegen den Mieter, aber auch umgekehrt die Begleichung

möglicher Schadensersatzansprüche durch den Vermieter gegenüber dem Mieter im Rahmen der Nutzung und Verwaltung des eigenen Grundbesitzes. Eine andere Beurteilung hätte das sinnwidrige Ergebnis zur Folge, dass der Vermieter auf die Geltendmachung möglicher Schadensersatzansprüche verzichten müsste, um die erweiterte Kürzung nicht zu gefährden. Gleiches muss auch dann gelten, wenn der Schadensersatz gegebenenfalls mögliche, beim Vermieter eingetretene Substanzschäden mitumfassen sollte. Denn es kann für die Anwendung der erweiterten Kürzung keinen Unterschied machen, ob ein Grundstücksunternehmen in seiner Substanz unbeschädigt geblieben ist oder ob es sich nach Eintritt eines Substanzschadens beim Mieter schadlos hält. Einem berechtigten Schadensersatzanspruch des Mieters könnte sich der Vermieter ohnehin nicht entziehen.

Entgegen der Auffassung des Finanzamts ist für die Gewährung der erweiterten Kürzung gerade nicht maßgeblich, dass der in Rede stehende Gewerbeertrag -bei fehlender fiktiver Gewerbesteuerpflicht- sich einkommensteuerrechtlich als Gegenleistung für die Überlassung des Gebrauchs oder der Nutzung des Mietobjekts darstellt. Maßgeblich ist allein --wie vorstehend dargelegt--, dass die Einnahmen aus einer Tätigkeit stammen, die der Verwaltung und Nutzung des eigenen Grundbesitzes zuzuordnen ist.

Im Übrigen verdeutlicht das BFH-Urteil vom 21.8.1990, VIII R 17/86, dass der Eigentümer mit dem Empfang einer Abstandszahlung vor Überlassung des Mietobjekts Einkünfte nach § 24 Nr. 1 Buchst. a i. V. mit § 21 EStG erzielt und damit den Bereich der privaten Vermögensverwaltung gerade nicht verlässt. Mit Blick auf den Sinn und Zweck des § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG, vermögensverwaltende Grundstücksunternehmen, deren Einkünfte nur kraft Rechtsform der Gewerbesteuer unterliegen, den vermögensverwaltenden Einzel- und Personenunternehmen gleichzustellen, kann es daher auch bei gewerblich geprägten Personengesellschaften für die Gewährung der erweiterten Kürzung nicht entscheidend sein, ob das Mietobjekt bereits zur Nutzung überlassen ist.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 25. Mai 2023 ([IV R 33/19](#)), veröffentlicht am 3. August 2023.

Betriebsausgabenabzug und Begriff der "nur unwesentlichen" Besteuerung i.S.v. § 16 Abs. 1 Satz 1 AStG

Das Finanzgericht Münster hat in einem aktuellen Urteil entschieden, dass für Zwecke des Betriebsausgabenabzugs eine "nur unwesentliche" Besteuerung i.S.d. § 16 Abs. 1 Satz 1 AStG voraussetzt, dass die betreffende Zahlung auf Ebene des Empfängers einer Ertragsteuerbelastung von weniger als 10% unterliegt.

Sachverhalt

Die Klägerin ist eine inländische GmbH, die einen Großhandel mit speziellen Maschinen betrieb. Im Rahmen einer Außenprüfung für die Jahre 2014 bis 2016 stellte das Finanzamt fest, dass die Klägerin zwei Maschinen aus China importiert und nach Deutschland transportiert hatte. Die Maschinen wurden in Deutschland zusammengebaut, zollrechtlich lohnveredelt, Probe gelaufen und vom Endabnehmer nach Russland verbracht.

Die in Hongkong ansässige Firma J habe nach Aussagen der Klägerin die Kontakte zu den chinesischen Firmen vermittelt, den Transport organisiert und als

Übersetzerin gearbeitet, für die die Firma J diverse Rechnungen geschrieben hatte. Die Schlusszahlung i.H.v. 95.400 EUR hatte die Klägerin am 23.11.2016 in bar an Herrn K (alleiniger Gesellschafter der Firma J) geleistet (nachfolgend Vermittlungsprovision). Die Außenprüfung stellte in diesem Zusammenhang fest, dass von der Firma J zwei - mit Ausnahme des Rechnungsbetrags (95.400 EUR in der einen und 94.400 EUR in der anderen Rechnung) - identische Rechnungen vorlagen.

Streitig ist, ob der Betriebsausgabenabzug i.H.v. 95.400 EUR der Klägerin für die im Streitjahr 2016 geltend gemachte Vermittlungsprovision der Firma J nach § 16 AStG oder § 160 AO zu versagen ist.

Richterliche Entscheidung

Das Finanzgericht Münster hat entschieden, dass in Höhe des Teilbetrags von 1.000 EUR (95.400 EUR abzgl. 94.400 EUR) nicht geklärt werden kann, ob der Betrag bei der Klägerin verblieben oder an Herrn K ausgezahlt worden ist, weshalb die Klage insoweit unbegründet ist (Rn. 65).

Den Betriebsausgabenabzug i.H.v. 94.400 EUR hat das Finanzamt jedoch zu Unrecht verweigert (Rn. 67 ff.). Der Betriebsausgabenabzug kann nicht aufgrund von § 160 Abs. 1 Satz 1 AO verweigert werden, da die Klägerin den Empfänger der Zahlungen (Herrn K) in Folge des (rechtmäßigen) Benennungsverlangens des Finanzamts genau benannt hat und der Senat hilfsweise zumindest davon überzeugt ist, dass der wirkliche Empfänger der Zahlungen im Inland nicht steuerpflichtig ist (Rn. 71 ff.).

Hierzu ist es ausreichend, wenn der Leistungsempfänger so genau bezeichnet wird, dass die Finanzbehörde ohne weitere Ermittlungen weiß, bei wem sich die Einnahmen steuerlich auswirken (Rn. 73). Der BFH hat in diesem Zusammenhang entschieden, dass es für Zwecke des § 160 Abs. 1 Satz 1 AO bereits ausreicht, wenn sichergestellt ist, dass der Zahlungsempfänger im Inland mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht steuerpflichtig ist (vgl. BFH v. 15.4.2021, IV R 25/18, BFHE 273, 73, BStBl. II 2021, 703). Diesen Maßgaben hat die Klägerin durch Benennung der Firma J in Hongkong sowie der Vorlage des Annual Return 2017, aus dem ersichtlich wurde, dass Herr K alleiniger Gesellschafter war, entsprochen (Rn. 74).

Ein Abzugsverbot der Betriebsausgaben kann auch nicht auf § 16 Abs. 1 AStG gestützt werden (Rn. 85). Die Besteuerung in Hongkong mit einem Körperschaftsteuersatz i.H.v. 16,5% ist nach Auffassung des Finanzgerichts keine "nur unwesentliche" Besteuerung i.S.d. § 16 Abs. 1 Satz 1 AStG (Rn. 86 ff.). Die Darlegungslast trifft insoweit das Finanzamt.

Eine Anknüpfung an den Begriff der "niedrigen Besteuerung" i.S.d. § 8 Abs. 3 AStG wie in Tz. 16.1.2 des bisherigen AEASTG sieht das Finanzgericht aufgrund der abweichenden Terminologie ("unwesentliche" vs. "niedrige" Besteuerung) sowie der Gesetzeshistorie nicht (Rn. 88). Vielmehr setzt eine "nur unwesentliche" Besteuerung i.S.d. § 16 Abs. 1 Satz 1 AStG voraus, dass die betreffende Zahlung auf Empfängerebene einer Ertragsteuerbelastung von unter 10% unterlegen hat (Rn. 89). Zudem nennt das AStG an anderer Stelle die 10% als Bagatellgrenze (§§ 9 und 13 Abs. 1 Satz 3 AStG), was für die Auslegung des § 16 AStG ebenso heranzuziehen ist.

Hinsichtlich des Regelungszusammenhangs von § 16 AStG und § 160 AO führt das Finanzgericht aus, dass § 16 AStG den Anwendungsbereich des § 160 AO insoweit erweitert, als er zur genauen Benennung des Zahlungsempfängers bzw.

Gläubigers vorschreibt, dass der Steuerpflichtige alle Beziehungen offenlegt, die unmittelbar oder mittelbar zwischen ihm und einer unwesentlich besteuerten ausländischen Gesellschaft oder Person bestehen (Rn. 90).

Fundstelle

Finanzgericht Münster, Urteil vom 8. März 2023 ([9 K 147/20 K,G](#)); die Revision wurde zugelassen, über die Einlegung ist noch nichts bekannt.

Business Meldungen

Klimaschutzverträge: Katalysatoren für die Umstellung auf eine klimafreundliche Industrie

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (im Folgenden „BMWK“) ist dieses Ziel nur gemeinsam mit der Industrie zu erreichen, die für über 20 % der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist.

Den Beitrag finden Sie [hier](#).

Krieg in der Ukraine: Lagebild zur aktuellen Situation in der Ukraine, 8. August 2023

Überblick zur aktuellen Situation in der Ukraine

Die Datei finden Sie hier: [Lagebild Ukraine](#)

Terminplaner

Transfer Pricing Roadshow 2023
Verschiedene Standorte, 7.9. bis
17.10. 2023

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: +49 171 7603269
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: +49 171 5503930
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2023 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.

